

Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bayern Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen e.V.

c/o
Martina Buchschuster
1. Vorsitzende
Wiesengrundweg 3
86482 Aystetten

Tel.: 0821 - 4862858
Fax.: 0821 - 4862807

email: martina@buchschuster.de



Pressemitteilung 26.01.2012

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bayern gemeinsam leben – gemeinsam lernen e.V. wirft dem Bezirk Schwaben eine Diskriminierung behinderter Kinder vor, die allgemeine Schulen besuchen

Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung, die keine Förderschulen besuchen, haben es schwer.

Nicht nur müssen sie die Hilfen für den Schulbesuch ihrer behinderten Kinder in Eigenregie organisieren und dadurch oftmals erhebliche Kosten und Mühen auf sich nehmen, um Schulbegleiter zu finden, anzustellen und auszubilden. Die Elternpaare zweier gehörloser Mädchen mussten sogar die Kosten für die Gebärdensprachdolmetscher für ihre Kinder vor Gericht einklagen – erfolglos.

Darüber hinaus müssen Eltern auch die Unterstützung und Hilfen für ihre Kinder am Nachmittag und in den Ferien organisieren.

Das will ein Elternverein aus Schwaben ändern. Die Eltern gründeten einen Assistenzdienst, um ihren Kindern und Jugendlichen auch außerhalb der Schule und in den Ferien die volle Einbeziehung in die Mitte der Gesellschaft zu ermöglichen.

Assistenzdienste werden erwähnt im Artikel 19 b) der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die im März 2009 in Deutschland in Kraft getreten ist, und die Vertragsstaaten verpflichtet, die Gleichberechtigung und Teilhabe behinderter Menschen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu gewährleisten.

Der Bezirk Schwaben hat nun den Eltern einen Strich durch die Rechnung gemacht. Anstatt den Bedarf der Kinder ambulant zu decken, verweist der Bezirk auf die elterliche Betreuungspflicht.

Die Eltern sind empört: bei Besuch einer Förderschule wird nicht nur ein täglicher Hilfebedarf behinderter Kinder am Nachmittag anerkannt, der Bedarf wird auch selbstverständlich finanziert durch Übernahme der Kosten für teilstationäre Nachmittagsangebote (HPT), einschließlich des Transports. Die Kosten hierfür sind erheblich.

Auch Heim- oder Internatsunterbringungen mit Kosten bis zu 7000,- € im Monat werden finanziert, ohne dass von elterlicher Betreuungspflicht die Rede ist.

Dass Kinder und Jugendliche mit Behinderung, die keine Förderschule besuchen, schlechter gestellt werden als Förderschüler, widerspricht dem Sinn der UN-Behindertenrechtskonvention. Doch auch der grundrechtlich gewährte Schutz der Familie ist gefährdet, wenn Kinder mit Behinderung die benötigte Unterstützung nicht in der Form erhalten, dass sie in den Familien verbleiben können.

Kontakt:

Martina Buchschuster, Tel. 0821 – 4862858, martina@buchschuster.de

Anlagen (Schreiben des Vereins GLGL an den Bezirkstagspräsidenten vom Dez. 2011)